

Solidarität mit den kriminalisierten Kölner AntimilitaristInnen

Köln, 21. September 2005: Anlässlich des 50 jährigen Bestehens der Bundeswehr wird in Köln das militaristische Spektakel einer öffentlichen Rekrutenvereidigung veranstaltet. Dagegen findet vielfältiger Protest und Widerstand unterschiedlicher Gruppen statt, das Spektakel wird empfindlich gestört und der Bundeswehr und ihren staatlichen UnterstützerInnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Vier AntimilitaristInnen, die in einer beispielhaften Aktion ein Transparent vom Dom und dem Domhotel mit dem Text „Wir geloben zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“ und „Soldaten sind Mörder K.T.“ in unmittelbarer Nähe und während der laufenden Vereidigung herunterlassen, werden mit einem Verfahren wegen Volksverhetzung überzogen.

Köln, 23. November 2006: Der zweite Prozesstag, der von einem großen Polizeiaufgebot aber auch wie schon beim ersten Prozesstag am 26.10.06 von gut 100 ZuschauerInnen begleitet wurde, hatte folgendes Ergebnis: Der Vorwurf der Volksverhetzung, mit dem die AntimilitaristInnen auf Strafantrag der Bundeswehr kriminalisiert werden sollten, konnte abgewehrt werden. Die zwei KriegsgegnerInnen, die während des Gelöbnisses am 21. September 2005 ein Transparent mit der Aufschrift „Wir geloben, zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“ vom Kölner Dom herunterließen, wurden wegen Beleidigung der dort vereidigten Rekruten und Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von je 60 Tagessätzen verurteilt. Das Verfahren gegen die beiden anderen AntimilitaristInnen wurde auf Staatskosten eingestellt.

Die Kriminalisierung der Proteste gegen das militaristische Gelöbnis und den Zapfenstreich in Köln soll auch dazu dienen, eine sich entwickelnde antimilitaristische Bewegung schon im Keim zu ersticken und abzuschrecken. Wir erklären als GewerkschafterInnen und Antifaschistinnen unsere ausdrückliche Solidarität mit den kriminalisierten AntimilitaristInnen und ihrer Aktion. Angesichts des fortschreitenden Ausbaus der Bundeswehr zur weltweit agierenden Kriegsarmee zur Sicherung deutscher (Kapital-) Interessen und der erklärten Absicht, den Einsatz dieser Armee auch nach innen weiter auszubauen, ist die Aktion der Kölner Antimilitaristinnen beispielhaft, finden solche Aktionen viel zu wenig statt und stehen für uns in der Tradition der Demonstrationen gegen Rekrutenvereidigungen seit den 80er Jahren (wie z.B. die militanten Aktionen am 6. Mai 1980 in Bremen und Demonstrationen in München oder auch Berlin).

Bremen, den 3.12.2006

GewerkschafterInnen und Antifa – Gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion (Gewantifa)

Unterstützt die verurteilten AntimilitaristInnen

Spendenkonto: KunÖ e.V., Kto: 13706600, BLZ: 430 609 67 (GLS Bank), *Stichwort: Frieden und Kommunikation*

Weitere Informationen

Die Initiative Bundeswehr-Wegtreten hat zur weiterführenden inhaltlichen Auseinandersetzung u.a. die Prozessbeiträge der Angeklagten in einem Reader zusammengestellt und veröffentlicht auf der Webseite: **www.bundeswehr-wegtreten.tk**